

ir alle Musikfreunde
kalischen Feiertunde
hester der Friedrich
shule) bieten will.
im Altpapier des
e Kranken und des
das wohlvorbereitete
bsichtigt, den Ueber-
g eines Ehrenmals
n. Zur Deckung der
muf daher ein be-
en, nämlich von den
m, welches zugleich
esunden 30 Pfennig
nde der Musik ein.
Der Vorstand.

ingestellten und Ar-
mlung am Don-
Tagesordnung:
wahl, Anträge der
der Mitglieder müß-
ung schriftlich beim
Der Vorstand.

Bethel.

nd Mittwoch, den
Saale in Gosen eine
enheit gegeben, un-
gezeichnet, ange-
nebst neuen Sam-
kennenzulernen.
u der wir herzlich

Anstalt Bethel.

DNIG

Bienen-Blüten-Schle-
erfaste, was die Die-
Dose 9 Pld. Inh. Mk.
Inh. Mk. 5.60 frei Nach-
mt. Zurückn. Carl Scholz
u. Imkerer, Oberneuland 81.
h. Stb. Medaille 1931.

haus

umann

Goldstraße 3

teurarbeiten

ER FILLIES

Gold- u. Silberwaren

aturen

rt u. sauber

ütersloherstr. 46a
r Bethel-Eingang

uche
ebote

haben im „Aufwärts“
großen Erfolg!

Kempel

straße

rnehm

wertig

hhaltig

g sind

m!

.

!

!

!

!

!

!

!

!

!

!

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und
0.38 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs
Ausland unter Streifband 1.25 (inkl. Postgeld). Preis der
Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je laufend 15 Pf.
Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 377.

Nr. 50.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 28. Februar 1933.

15. Jahrgang.

Das Ewige ist stille,
Laut die Vergänglichkeit.
Schweigend geht Gottes Wille
Ueber den Erdenstreit.

Raabe.

Der Kampf um die Donau.

Frankreichs Attentat auf Wien. — Die Bedeutung der
Allianz der Kleinen Entente.

Es wird immer deutlicher: die außenpolitische Aktivität Frankreichs und seiner südöstlichen Trabanten konzentriert sich immer mehr auf eine Einkreisung Ungarns und Österreichs, — auf eine Einkreisung also, die in den sie begleitenden Nebenerscheinungen in gefährlicher Weise an die europäische Lage im Frühjahr 1914 erinnert. Ja, die Konfliktsstoffe sind — wie das Wiener Regierungsorgan (die „Reichspost“) nüchtern feststellt — vielleicht zahlreicher noch als vor 19 Jahren. Nichts aber beleuchtet die kritische Lage im Donauraum besser als der kürzlich in Genf abgeschlossene Dreibund zwischen Prag, Belgrad und Bukarest. Und noch klarer wird sie durch Form und Ton jenes Droh-Ultimatums, das Frankreich und unverständlichlicherweise auch England an Deutsch-Oesterreich richteten. Wenn sich ein führendes Wiener Blatt, das über besonders gute Beziehungen zu maßgebenden französischen Kreisen verfügt, aus Paris berichten läßt, daß es das Ziel des neuen Donaubundes sei, alle revisionistischen Tendenzen in Europa auf das entschiedenste zu bekämpfen, und wenn weiterhin von Paris her erklärt wird, der neue Pakt der Kleinen Entente stelle die „erste Anwendung der im französischen Abrüstungsplan vorgesehenen Regionalverträge“ dar, so wird aus diesen Neußerungen erkennbar, daß man es hier mit einer ganz zielklaren Aktion der französischen Diplomatie zu tun hat.

Schon seit Wochen hat sich bekanntlich infolge der wirtschaftlichen und politischen Wandlungen im Donauraum all der Staaten, die durch den Zusammenbruch der Mittelmächte überhaupt erst zu einem gewissen staatlichen Eigenleben gelangt waren, eine Nervosität bemächtigt, die allmählich alle Bande frommer Scheu fallen ließ und der absurdesten Gerüchtemacherei verfiel. Nur in diesem Zusammenhang ist auch die hysterische Note über die angeblich „so gefährlichen“ Waffentransporte von Hirtenberg zu verstehen. Denn angesichts der Tatsache, daß die nicht abgerüsteten Staaten mit Ausnahme Rußlands schon im Jahre 1926 über 18 Millionen Gewehre, 76 000 Maschinengewehre und über 7 000 Kampfflugzeuge verfügten, muß es geradezu lächerlich erscheinen, wenn man in Prag und in Paris die 50 000 Gewehre und 200 Maschinengewehre von Hirtenberg als eine „Bedrohung des europäischen Friedens“ hinzustellen versucht. Wenn man in dieser Angelegenheit so viel Staub aufwirbelt und feststellt, daß das Diktat von St. Germain verkehrt sei, warum tat man das nicht auch, als sich Oesterreich riesige tschechische Waffenlieferungen nach Jugoslawien gefallen lassen mußte? — Die Antwort auf diese Frage ist so einfach, als daß man besondere Worte darüber zu verlieren braucht.

Aber hier handelt es sich noch um etwas ganz anderes, nämlich um einen planmäßigen Versuch Frankreichs, die Zugeständnisse, die es im Dezember über die Frage der Gleichberechtigung den Mittelmächten gegenüber zu machen gezwungen war, zu umgehen und unwirksam zu machen, indem es im südosteuropäischen Raum Machtverhältnisse schafft, die jede theoretisch zugestandene Gleichberechtigung von vornherein praktisch hinfällig machen. Den Beweis hierfür liefert schon die eingangs erwähnte Pariser Neußerung, wonach es sich bei dem Pakt der Kleinen Entente um die von Frankreich in Genf vorgeschlagenen Regionalverträge handle.

Nach dem Winklingen des Tardieu-Planes, der auf dem Umweg über Handel und Wirtschaft den Franzosen die Hegemonie im südosteuropäischen Raum bringen sollte, und nach der Erstarkung der nationalen Bewegung in der deutschen Volksseele, die naturgemäß eine stärkere Betonung der Revisionbestrebungen der Mittelmächte — und zwar Seite an Seite mit Italien — erwarten läßt, hat Frankreich gewissermaßen über Nacht seine Taktik geändert — getreu dem Grundsatz, daß der Sieb die beste Parade ist. Es kommt noch hinzu, daß man in Paris angesichts der wirtschaftlichen Not vor allem Rumäniens und Südslawiens und angesichts der Unmöglichkeit, diese Staaten weiter wie bisher durch Anleihen zu subventionieren, die peinliche Entdeckung machen mußte, daß sich diese bisherigen Vasallen Frankreichs zusehends von dem Pariser Einfluß loszulösen versuchten und eine engere Zusammenarbeit mit Deutschland und auch mit Italien in Erwägung zogen. Schon bei der Erörterung über die Verlängerung

des italienisch-rumänischen Vertrages zeigte es sich deutlich, daß der Einfluß Frankreichs in Rumänien stark im Schwinden begriffen war, wozu natürlich die Haltung Frankreichs in der Frage des russisch-polnischen Nichtangriffspaktes wesentlich beigetragen hatte. Sah sich also Rumänien an seiner Ostgrenze unbeschützt, ja geradezu von Frankreich im Stich gelassen, so mußte auch Südslawien in der kroatischen Frage, die für diesen Staat immer brennender wurde, zu der Ueberzeugung kommen, daß Frankreich sein früheres Interesse an Belgrad verloren habe. Fanden doch die kroatischen Emigranten in Paris ein sicheres Asyl, ja der bekannte Kroatenführer Pribitchewitsch konnte mit Hilfe französischer Gelder sein gegen das heutige Belgrader Regime gerichtete Buch über die Diktatur des Königs Alexander in französischer Sprache veröffentlichen.

Nun aber geschah das Unerwartete. Frankreich, das eben noch die kroatischen Separatisten begünstigt hatte, benutzte jetzt, als sich Italien und auch Ungarn in zunehmendem Maße der kroatischen Sezessionsbestrebungen annahmen, das kroatische Problem als Druckmittel gegen Belgrad, um der serbischen Regierung zu zeigen, daß Jugoslawien unfehlbar in eine katastrophale Staatskrise gerate, wenn es nicht ein Aufgeben der französischen Kroatenbegünstigung durch eine restlose Unterwerfung unter die französische Südosteuropapolitik erkaufe. Und das Ergebnis: Rumänien unterwarf sich!

Nun aber nicht genug damit, daß der neue Pakt zwischen den Staaten der Kleinen Entente ein Volltreffer der französischen Politik im Donauraum werden soll — auch auf dem Gebiet der Wirtschaft soll der neue Bund fertige Tatsachen schaffen. Der Durchbruch des — übrigens zuerst von Deutschland vertretenen — Präferenzgedankens und die wachsende Erkenntnis, daß ein wirtschaftlicher Aufbau im Donauraum nur unter Ausschluß einseitiger politischer Sonderinteressen möglich ist, veranlassen jetzt Frankreich auf Umwegen von neuem zu versuchen, was Herrn Tardieu mißlungen war. Es soll wiederum eine Neuordnung in Mitteleuropa geschaffen werden, die von vornherein unter dem Patronat Frankreichs steht. In diese Richtung weist deutlich die in dem Pakt enthaltene Bestimmung, daß irgendwelche Vereinbarungen mit anderen Staaten nur auf Grund eines einstimmigen Beschlusses der drei Regierungen von Prag, Belgrad und Bukarest möglich sein sollen. Jeder Handelsvertrag also, den jetzt Deutschland mit Rumänien oder Südslawien abschließen will, jede Verlängerung oder jeder Ausbau eines bestehenden Vertrages mit einem dieser Staaten wird von der Zustimmung auch der Tschechoslowakei abhängig gemacht. Bei der absoluten Abhängigkeit der Prager Regierung von Paris bestimmt letzten Endes also Frankreich über die Beziehungen der Kleinen Entente zur Außenwelt. Wahrlich, ein sauberes „Mitteleuropa“!

Mit anderen Worten: Durch den Abschluß des tschechisch-serbisch-rumänischen Bündnisses wird jeder Versuch, das Mitteleuropäische Problem in Mitteleuropa selbst zu lösen, unmöglich gemacht. Frankreich hat von neuem seine Faust auf Mitteleuropa gelegt. Das ist die tiefere Bedeutung dieses jüngsten Genfer Attentates auf Mitteleuropa.

Helfst helfen!

Von Atlanticus.

„Gesundheitlich geht es uns noch gut, nur die Geschäfte dürften besser sein; aber wir hoffen auf Hitler und bessere Zeiten durch ihn.“ So schrieb mir kürzlich ein Bekannter, und die von ihm ausgesprochene Hoffnung kehrt in einer ganzen Reihe anderer Briefe wieder. Daneben aber ist als Zeugnis für eine weitverbreitete Ansicht noch folgende Stelle wichtig: „Wenn doch nur endlich einmal sämtliche Versammlungen, sämtliche Reden und sämtliche Flugblätter für eine geraume Zeit verboten würden! Niemand will von all dem Zeug mehr etwas wissen. Jeder Mensch weiß doch nachgerade, was anders werden muß, und weiß auch, daß viele gute Ansätze des letzten Jahres erfolglos blieben, weil die Störungsversuche nicht aufhörten.“

Wie recht hat der Briefschreiber mit seiner Ansicht, daß die Störungsversuche unterbunden werden müßten, die ja doch nicht nur von marxistischer oder Zentrumsseite oder von international-kapitalistischen Kreisen ausgehen.

Da schreibt ein anderer voller Besorgnis um die Zukunftsentwicklung: „Wird es Hitler unter diesen Umständen (Zusammensetzung seines Kabinetts) überhaupt möglich sein, eine gerechte Verteilung der Einkommen vorzunehmen?“

Was soll man darauf antworten, wenn man dann liest, was der Briefschreiber unter einer „gerechten Verteilung

der Einkommen“ versteht? Er meint, es müsse doch möglich sein, jedem Menschen ein monatliches Einkommen von 200 bis 300 Mark zu geben, wenn nur der gesamte Arbeitsvertrag richtig verteilt würde.

Der bekannte Wirtschaftler Dr. Ludwig Reiners, sowohl ein Mann der Wissenschaft wie der Praxis, weist in seinem Buch „Die richtige Wirtschaft“ die Unmöglichkeit einer solchen Verteilung nach. Es heißt da auf Seite 208: „Das ganze deutsche Privateinkommen beträgt heute 45 Milliarden. Wir haben rund 34 Millionen Erwerbstätige. Wenn also sämtliche Erwerbstätigen das gleiche Einkommen erhalten, so erhält jeder 1300 Mark.“

Von diesen 1300 Mark muß er außer den Beträgen zur Sozialversicherung und außer den Steuern noch einen Teil sparen, wenn auch nur die bisherige unzureichende Kapitalbildung (es sind das 7 Milliarden Mark) aufrechterhalten werden soll.

Mit anderen Worten: der größte Teil der Industriearbeiter, der etwa 2000 Mark bezieht, muß sogar noch einen Teil seines Einkommens abgeben an die unteren Schichten der Industriearbeiter, an die Landarbeiter, an die Arbeitslosen und an manche Bauern. Dies wäre das Ende der Aufteilung.

Die Beseitigung der Armut ist keine Frage der Güterverteilung. Es war ein grundlegender Irrtum, wenn Marx einmal kurzerhand meinte: ein Fünftel des Volkes verzehrt zwei Drittel des Volkseinkommens. Die soziale Frage ist nicht durch Aufteilungen zu lösen. Es ist im Gegenteil anzunehmen, daß alle Experimente in dieser Hinsicht dem Armen mehr schaden, als nützen, weil sie dazu beitragen, den Gesamthaufen zu vermindern.“

Soweit Ludwig Reiners. Man sieht, das gesamte Volkseinkommen müßte bedeutend gesteigert werden, wenn es möglich sein sollte, jedem Menschen gleichmäßig 300 Mark Monatseinkommen oder 3600 Mark im Jahre zu geben. Selbst wenn es nun gelingen sollte, dies gewiß schöne Ziel zu erreichen, so würde Zufriedenheit damit nicht erzeugt werden. Die Menschen sind verschieden, nicht nur in ihren Anlagen, sondern auch in ihren Leistungen. Der eine ist begabter und geschickter, der andere unbegabt und womöglich obendrein noch faul. Sollen alle diese Menschen, die auf Grund ihrer Veranlagung ganz Verschiedenes an Menge und Güte der Produktion leisten, völlig gleich entlohnt werden? Der Mann, der nur für 200 Mark Werte schafft, genau soviel erhalten wie der, der das Doppelte leistet? Die Fleißigen und Geschickten würden eine solche Entlohnung doch als eine höchst ungerechte ansehen, und das mit Recht. (Die Reinersche Berechnungsart und die Betrachtungsweise des Verfassers sind immer noch kein Beweis, daß nicht eine bessere Lösung möglich ist als die, die nur nach den alten Methoden immer wieder vergeblich versucht wird. Die Schriftleitung.)

Damit also kämen wir nicht weiter. Von dieser Verteilungsfrage her kann das Problem des wirtschaftlichen Aufbaues nicht angefaßt werden. Es muß von der Seite der Produktion aus vorwärts getrieben werden. Wir müssen wieder zu Wohlstand kommen.

„Der Wohlstand einer Volkswirtschaft hängt davon ab, wieviel in ihr neu produziert wird“, sagt Reiners an anderer Stelle seines Buches.

Man darf annehmen, daß sich Hitler mit seinem Stabe zunächst die energische Steigerung der Produktion, bei größtmöglicher Einbeziehung der brachliegenden Arbeitskräfte angelegen sein lassen wird.

Damit wird er alle diejenigen enttäuschen, die von ihm in erster Linie eine „gerechte Verteilung“ als vordringlichste Maßnahme erwartet hatten. Im Verlaufe seiner Aufbauarbeit wird er weiter diejenigen enttäuschen müssen, die von irgendwelchen Patentklagen das Heil des Heils erhoffen.

Die Enttäuschung der Enttäuschten kann zu einer ersten Gefahr für die ruhige und stetige Aufwärtsentwicklung werden, die Hitler und seine Mitarbeiter herbeiführen wollen und auch werden, wenn sie nicht immer wieder durch unnötige Störungen und durch den Kleinmut vieler aufgehalten wird.

Wußt das, was Hitler und seine Mitarbeiter wollen, schlecht oder weniger gut sein, weil ihre Spielregeln andere sind, als die anderer Leute? Ich glaube nicht. Es kommt alle in darauf an, daß in möglichst kurzer Frist — Hitler hat nur vier Jahre Erprobung verlangt — möglichst jeder Deutsche wieder auskömmlich zu Lohn und Brot kommt. Es wird dem Menschen, der heute noch zur Untätigkeit verdammt ist, morgen oder in absehbarer Zeit eine endgültige Besserung seiner Verhältnisse erfährt, gänzlich gleichgültig sein, ob er den Ertrag seiner Arbeit in Hartgeld, in Geldscheinen oder in Gutschrift auf ein

*) Ludwig Reiners: „Die richtige Wirtschaft.“ Verlag E. S. Bock, München.

Scheckkonto erhält, vorausgesetzt, daß er dafür alles zum Leben Notwendige kaufen kann. Für ihn ist nur wichtig, daß die Besserung seiner Verhältnisse erfolgt und anhält. Die Spielregeln, Programme, Lehrsätze, wonach das geschieht, kümmern ihn nicht.

Froh und dankbar wird er sein, daß der ewige Unfriede, die endlose Sorge, die qualvolle Angst und das Elend ein Ende haben. Das ist ihm wichtig, alles andere nebensächlich. Doch halt, eins ist noch wichtiger! Der Mensch muß wieder zur Geltung kommen, zum Mittelpunkt alles Handelns werden. Er muß wieder zu seinem Rechte kommen. Das ist ihm in den letzten vierzehn Jahren immer mehr verkommen worden. Unter einem Schwall von Phrasen ist er mehr und mehr entmündigt worden; selbst das höchste Recht eines freien Mannes, das der eigenen Verantwortung vor Gott, vor seinem Gewissen, vor seiner Familie als Ernährer und Erzieher ist ihm geraubt. Es bedarf ganz ungeheurer Anstrengungen, um die tiefen seelischen Schäden, die dadurch als Allerschlimmstes unserem gesamten Volksleben verursacht sind, auch nur einigermaßen wettzumachen.

Es kann dabei naturgemäß nicht ohne Zwang abgehen, und wir sollten Gott danken, wenn uns im Augenblick höchster Gefahr für unseren Bestand als Nation ein Mann geschenkt wird, der den Mut hat, im Verein mit seinen Mitarbeitern, die Unterordnung aller unter die Notwendigkeiten dieser Zeit zu fordern. Es sollte eines jeden Bitte sein, daß dieser Mut zur Verantwortung und die Kraft zur eifrigen Durchführung diesen Männern nicht erlahmen, bis das Werk getan ist. Alle Bitterkeit sollte schweigen, wenn der oder jener einen Lieblingsgedanken, einen Lieblingsplan nicht erfüllt sieht oder sehen wird. Man möchte jedem zurufen: „Selbst helfen, wenn es ist die Schicksalsstunde der Nation, die jetzt anhebt.“ Wir stehen an einem bedeutsamen Wendepunkt. Spengler hat das Wort geprägt vom „Endkampf zwischen Blut und Geld“. Was wir jetzt erleben, ist nichts anderes als dies. Es ist eine ungemein harte Zeit, aber auch eine große und stolze. Sie wird um so größer und stolzer sein, je mehr wir, die wir doch den „Sieg des Blutes über das Geld“ wollen und erleben, in Dienstbereitschaft und Opferfreudigkeit zusammenstehen. Nicht die Vortrefflichkeit der Reden, nicht die Fülle von Programmen, nicht das größte Stück aus dem Kuchen „Wirtschaft“ sollen uns begeistern, sondern die uneigennütige Liebe zu den deutschen Vorgesetzten, die sich eben äußert in freiwilliger Unterordnung und Hingabe an das Werk, daß der von Millionen Ersehnte vollbringen soll. Selbst helfen!

Amerikas Außenpolitik

Eine Erklärung des künftigen Außenministers Hull.
Washington, 27. Februar.

Der neue Außenminister der Vereinigten Staaten, Hull, empfing Pressevertreter und verlas eine Erklärung, in der es u. a. heißt: „Eine loge Auffassung von Verrägen und dem internationalen guten Glauben dürfte es weder hier noch bei irgendeiner anderen Nation geben. Wesentlich sei ferner eine vernünftige und realistische Zusammenarbeit mit den anderen Nationen im Rahmen der amerikanischen Verfassung und Tradition. Amerika müsse bei der Erholung der Weltwirtschaft mitwirken. Die Frage der Kriegsschulden sei nur ein Punkt auf diesem Programm. Amerikas Außenpolitik umfasse also Hilfe beim Wiederaufbau des mühseligen und des Welthandels sowie Erhaltung des Weltfriedens auf der Grundlage von Recht und Gerechtigkeit. Es sei kein Grund vorhanden, warum dieses an Naturschätzen und anderen Hilfsquellen so reiche Land bei einer gesunden Finanz- und Wirtschaftspolitik sich nicht bald wieder erholen sollte.“

Rücktritt des norwegischen Kabinetts. Das norwegische Kabinett Sundheid ist zurückgetreten. Der Ministerpräsident schlug dem König vor, den Führer der Radikalen, Moen, mit der Bildung eines Koalitionskabinetts zu beauftragen.

Der Kampf zwischen Zivilisation und Kultur.

Regierungliche Gedanken zur Geschichte der Menschheit.

Von Präsident Schubert in Stuttgart.

1. „Wie kann man nur von einem Kampf zwischen Zivilisation und Kultur sprechen? Beide sind doch identisch oder bilden wenigstens parallel verlaufende Entwicklungserscheinungen im Völkerleben!“

Dieser Einwurf kann sich allerdings auf einen weitverbreiteten Sprachgebrauch insbes. unserer Zeitungen, die es ja auch sonst mit ihrer Ausdrucksweise nicht genau zu nehmen pflegen, berufen, er beweist aber eine Unklarheit über die beiden Begriffe.

Gehen wir auf den sprachlichen Ursprung der Worte zurück.

„Kultur“ ist hergeleitet von „colere“. Dies bedeutet pflegen, vervollkommen, auch bebauen. Dementsprechend bedeutet Kultur eines Volkes die Vervollkommenheit seines Lebens und Strebens und der Grad, in welchem diese gelungen ist.

„Zivilisation“ kommt her von „civis“ (d. h. Bürger) und bezeichnet die Summe derjenigen Bildungselemente, die zu einem äußerlich geordneten Zusammenleben der Menschen erforderlich sind. Sie ist nicht die wahre, d. h. auch den inneren Menschen umfassende Bildung, sondern nur seine äußerliche Zügelung.

Auch die Schöpfungsgeschichte der Bibel gibt uns einen Fingerzeig für die Unterscheidung der beiden Begriffe. Zwei Aufgaben sind dort den Menschen gestellt:

Gott schuf den Menschen ihm zum Bilde. Der Mensch soll also ein Abbild Gottes in menschlicher Gestalt sein. Gott aber ist Liebe. Der Mensch soll also Gottes Liebe in sich widerspiegeln, d. h. er soll sich mindestens aller, aus ungezügelter Selbstsucht entspringenden, die Interessen

Bodenreform und Siedlung.

Vor einer zahlreichen und lebhaft beteiligten Zuhörerschaft wurde am 21. 2. in Bielefeld über das obige Thema zwischen dem Altmeister der Bodenreform Dr. Damaschke und dem Vertreter des Reichslandbundes, Dr. Benzel, in Form einer Disputation verhandelt.

Dr. Damaschke vertrat von vornherein die These, „ohne Bodenreform ist keine Siedlung in größerem Ausmaß und von dauerndem Wert möglich.“ Der schrankenlosen Herrschaft des Kapitalismus und damit des Mamonismus steht zum ersten Male in der Geschichte der Kommunismus gegenüber, der in Rußland den sechsten Teil der Erdoberfläche beherrscht. Zwischen diesen beiden Gewalten das deutsche Volk, von dessen Entscheidung das nächste Jahrhundert der menschlichen Kultur abhängt. Die Bodenreform tritt mit dem Anspruch auf, neben den genannten beiden Gewalten ein dritten Weg darzubieten, der den Wahrheitskern von beiden und hüben enthält, einen Weg zwischen Individualismus und Kommunismus. Die kürzeste Formulierung der Bodenreformlehre kann so ausgedrückt werden: Was Gott geschaffen hat, gehört unter soziales Recht; was Menschen schaffen, unter individuelles, freies Genossenschaftsrecht. Was die Menschen auf lehrere Weise gewinnen, ist ihr Eigentum, und der Besitz des Eigentums gehört mit zur Entwicklung der Persönlichkeit. Der Boden aber muß aus dem Bereich des Waren-Rechts herausgenommen werden. Ein volkstümliches Beispiel: Ein Amerikaner könnte in Bielefeld wohl sämtliche Schuhe aufkaufen und dann ihren Preis bestimmen wollen. Das wäre aber eine falsche Spekulation, weil man sie dann wo anders her beziehen könnte. Würde er aber alle Bauplätze aufkaufen, so könnte er alle, die hier leben, in seine Abhängigkeit und Preisgestaltung zwingen.

Bei seinem geschichtlichen Rückblick zeigte Damaschke, daß der Boden erst in neuer Zeit zur Ware geworden ist. Im Mittelalter war er Lehen, d. h. verliehen. Auch Freier vom Stein, der Schöpfer der Bauernbefreiung wollte den Menschen frei, aber nicht den Boden zur Ware machen. Leider gingen später die Ansätze zur Bodenreform, die sich bei Stein fanden, verloren. Selbst die Almende, nach welcher in jeder Gemeinde ein Stück der Gemeinamkeit angehört, wurde aufgehoben; später auch noch die so wichtige Bestimmung der Verschuldungsgrenzen des Bodens und die Erbpacht. Die katastrophalen Wirkungen davon, daß nun der Boden zur Ware geworden war, an die der Arme nicht mehr herankam, hat Reuter in „Kein Hüßung“, auch Pastor v. Bodelschwing in seiner Selbstbiographie erschütternd beschrieben. Die Vereinigten Staaten, welche ein Heimstättenrecht verkündeten, nahmen nunmehr seit 1816 5 600 000 deutsche Menschen bei sich auf, und viele von diesen (40 v. H. der amerikanischen Offiziere waren deutscher Herkunft) wurden Kämpfer gegen ihr eigenes Volk. Indem nun so auf deutschem Boden die Landwirtschaft zur Profitwirtschaft ausartete, kam es weiter dazu, daß man große Mengen slawischer Arbeiter heranzog, während von 1900 an über 200 000 deutsche Menschen von den preußischen Dörfern in die Industrie wanderten. Nun hören die Klagen der deutschen Landwirtschaft nicht mehr auf. Sie sind dadurch begründet, daß mit dem Steigen der Produktion auch die Bodenpreise steigen und damit die Verschuldung. Eine Verschuldung aber, die um 1913 10 Milliarden Mk. betrug, verbraucht Millionen untragbare Zinsen. Auch das „Wunder der Inflation“, das die Landwirtschaft für kurze Zeit befreite, hat nicht vorgehalten. Die Verschuldung beträgt wiederum 12 Milliarden Mk. Darum muß eine Rechtsform kommen, welche die Verschuldung des Bodens ausschließt. Wohl kam der Artikel 155 in die neue Verfassung hinein, der den Mißbrauch ausschließen sollte und den deutschen

Menschen eine Wohnstätte zu sichern suchte. Die Gegenleistung sollte nur darin bestehen, daß man mit seinem Boden nicht spekulieren konnte. Aber es ist noch nicht zu den Ausführungsbestimmungen dieser wichtigen Verschuldungsbestimmung gekommen. Soll unser Volk nicht an der Massenarbeitslosigkeit verderben, so brauchen wir eine Siedlung im großen Stil. Die Vorbedingung dafür aber ist, daß billiger Boden vorhanden ist und eine Rechtsform gefunden wird, die eine neue Verschuldung ausschließt.

Dr. Benzel bekannte sich zunächst unbedingt zu dem Grundgedanken des Privateigentums. Wenn dies festgehalten werde, so werde darum noch kein rechter Siedler den Boden als Ware ansehen. Die Ursache für die neue Verschuldung der Landwirtschaft nach der Inflation sei die gewesen, daß der Landwirt seine Ernte für Papiermark verkaufte, die neue Ernte für 1924 aber dann mit Goldmark vorbereiten mußte. Vor allen Dingen sei Schuld eine falsche Handelspolitik, die einen starken Import landwirtschaftlicher Produkte hereinnehme. Der Landwirt konnte nicht, wie die Industrie, seine Betriebe stilllegen. So wurde er gezwungen, unter dem Preis zu verkaufen. Inzwischen hat sich die Landwirtschaft so entwickelt, daß wir uns fast ganz selbst versorgen können. Darauf sollten wir stolz sein. Wird jetzt die Landwirtschaft mit ihrem ungeheuren, aufgestauten Bedarf gestützt, dann kann die allgemeine Belebung der Wirtschaft nicht ausbleiben. Die Siedlungsfrage aber sei keine Bodenfrage. Es werde reichlich billiges Land angeboten, sogar schon unter dem Steuerwert. Würde der Bodenpreis zu stark gesenkt, so würden damit auch die Pfandbriefe getroffen und die ganze Wirtschaft zusammenbrechen. Es komme also vor allen Dingen darauf an, daß die Preise für die landwirtschaftlichen Produkte gehoben würden. Es sei wichtiger, daß sich der Zuckerbau rentiere, als daß wir Äpfel und Bananen billig einführen.

Dr. Damaschke geht nochmals stark gegen den falschen Begriff der Heiligkeit des Privateigentums vor und betont den Wert des deutschen Rechtes, das den Menschen schützt gegenüber dem römischen Sachenrecht. Während zeigt er auf das Beispiel Spaniens, Rußlands und anderer Länder, wo der Großgrundbesitzer dadurch, daß er auf keinen Fußbreit Landes zur rechten Zeit freiwillig verzichtete, nun alles verloren hat. Die Not der Landwirtschaft sei eine Folge der Arbeitslosigkeit in den Städten. Mit dem Zusammenschrumpfen der Kaufkraft sinke auch die Rentabilität.

Es zeigte sich zum Schluß, daß Dr. B. bezüglich der Siedlung nicht an die Randsiedlung der Arbeiter in den Städten dachte, deren so notwendige Ausdehnung ja gerade durch die profitgierige spekulative Verwertung des Bodens um die Städte herum erschwert wird. Er wollte nur die Siedlung auf dem Lande im Auge haben. Seine Behauptung, daß dort genügend billiger Boden zu haben sei, steht im Widerspruch mit den Aussagen der Siedlungsvereinigungen. Schade war, daß bei der Diskussion die eigentlich wichtige Frage, wie der Boden der Spekulation entnommen werden könne, durch die Frage der Preisbildung der landwirtschaftlichen Produkte, die — in diesem Zusammenhang wenigstens — eine Nebenfrage war, ausgeschaltet wurde. Dr. Damaschke hat, man solle bei den kommenden Wahlen ein aufmerksames Ohr dafür haben, wie der Redner zur Bodenreform stünde. Daß quer durch die Parteien diese Frage im neuen Reichstage einmal ernsthaft angegriffen würde, wäre auf das dringendste zu wünschen. Man sollte darum nicht nur darauf hören, ob und was ein Wahlkandidat zur Bodenreform zu sagen hat, sondern sowohl links als rechts die Betreffenden um energische Vertretung dieser Sache ersuchen.

W. m.

miteinander und, wie die Geschichte zeigt, in einem sehr ungleichen Kampf.

Der Egoismus hat den Altruismus überwuchert und ganz in den Hintergrund und zur Ohnmacht gedrängt. So finden wir bei den alten Völkern wohl Zeichen einer hohen Zivilisation (Bauten, Ausbildung einer Rechtsordnung usw.) daß aber der Altruismus in nennenswertem Maße das Völkerleben beeinflusst hätte, davon finden wir keine Spur. Nur bei den Juden finden wir im Gesetz altruistische Gedanken (z. B. 3. Mos. 19, 18); sie sind aber nicht zu einer das Volksleben durchdringenden Macht geworden. Wir können daher von einer Kultur dieser Völker in der Zeit, über die wir Näheres von ihnen wissen, nicht sprechen. Mit ihrer Zivilisation sind sie in ihrer weiteren Entwicklung in der Barbarei, also in einen nicht bloß kulturlosen, sondern auch zivilisationslosen Zustand hinabgesunken. Sie haben sich nach unten entwickelt und der Gedanke ist nicht von der Hand zu weisen, daß sie vor ihrer Zivilisationsperiode in vorhistorischer Zeit eine Kulturperiode durchlebt haben, wenn wir auch davon keine Kunde haben. Für die Entwicklung dieser Völker ergäbe sich hiernach das Bild, daß sie von einer Periode der Kultur zur bloßen Zivilisation und schließlich von dieser in die Barbarei hinabgesunken wären. Die Völker, die heute in absoluter Barbarei leben, wären also nicht etwa in der natürlichen Entwicklung zurückgeblieben, sie wären vielmehr die — freilich nach unten — am weitesten fortgeschrittenen. Die Zivilisation, d. h. die Technik im weitesten Sinne, hat ihre Kultur gefressen, und da die Zivilisation aus eigener Kraft sich nicht halten konnte, ist auch sie zerfallen. Die natürliche Entwicklung des Menschen geht nach unten. Die Darwinsche Theorie ist in ihrer Richtung umzukehren.

3. Und heute? Auf schwindelerregendem Gipfel steht unsere Technik: wir fliegen durch die Luft, unsere Stimme dringt über das Weltmeer, wir zertrümmern die Atome.

Reichsfinanz

Kanzlerrede in N.

In Fortsetzung Reichskanzler Hiltl riefen die Verhältnisse die Notwendigkeit der Reduktion der Massen entgelten. Landwirtschaftliche Produkte, in der

„In unerschütterlicher Weise wissen wir, daß die unsere Fluren läßt, jegne auch uns allen wieder“

Reichskanzler nochmals das Bild und erklärte, was nationalsozialistisch doch die Not selbst Regiments der lement“ so fuhr der Richterpruch der Volksentscheidung Jahre verlebte, den, wenn sie da in den fernsten

Barmer, Kuff

erblicken, während Jahren dann länder dieses Systems so daß sie freiwillig Sie wollen es ni dazu zwingen.

Mein Appell

5. März geschah in Vertrauen in ur Deutschland die M Arbeit zu bilden Mehrheit zu posit die heute sich ber nicht vor die Nat so oder so das S geben, die vierzeh Gegenteil, Deutsch nimmermehr zurück

Der Reichskanzler seine Mündigkeit der deutschen Ein

Ich fühle mich

vor unseren Br

Repräsentant d

werde daher, se

Reiches verteid

men, wol

Und ihr, meine

hinter den Ranzl

und nicht zu duld

gen Deutschland

vielleicht weniger

beredter deutscher

jemand verfuhr

erheben, daß dan

wird herstellen m

ten der Unze

barkeit des T

Volkes. (Stürmi

lucht, für seine P

ses Kampfes zu

Wir haben es h

damit in der Ziv

brecher, der sich

eben die Zivilisa

wo bleibt die Ku

Eine einzige Ze

Mord, Ehebruch,

scheint es dem V

Und doch! S

zugrunde gehen,

den lassen (verg

erfüllt war, san

Er fandte der W

sich in zwei Gru

unaufhaltsam hi

Barbarei entgeg

rissen, steigen a

wahren Kultur

untertan zu ma

tion, an der T

durch altruistis

ausgesetzt, von

den aber auch

herausgerissen,

suchen nach dem

Und es ist n

überausendend

davon, daß ihr

und in die Reih

bet sie für die

Die neuen Ministerreden

Reichseinheit unzerreißbar

Kanzlerrede in Nürnberg. — Der Appell an das deutsche Volk.

Nürnberg, 27. Februar.

In Fortsetzung seiner Reise durch Süddeutschland sprach Reichskanzler Hitler in einer Massenversammlung in der riesigen Ausstellungshalle der Stadt Nürnberg. Auch hier mußte die Versammlung lange vor ihrer Eröffnung wegen Überfüllung polizeilich geschlossen werden. Als der Kanzler die Rednertribüne betrat, brauste ihm wiederum der Jubel der Massen entgegen. Eine Abordnung der mittelfränkischen Landwirtschaft überreichte dem Reichskanzler eine Adresse, in der es u. a. heißt:

„In unerschütterlicher Liebe zu unserer Scholle legen wir unser hartes Schicksal vertrauensvoll in Ihre Hand. Wir wissen, daß Sie uns helfen werden! Der Allmächtige, der unsere Fluren segnet und aus der Saat die Ernte reifen läßt, segne auch Ihre verantwortungsvolle Arbeit und gebe uns allen wieder den Glauben an Deutschlands Größe.“

Reichskanzler Hitler zeichnete in seiner Rede einleitend nochmals das Bild der Entstehungsgeschichte der NSDAP und erklärte, wenn die deutsche Not das Wachstum der nationalsozialistischen Bewegung gefördert habe, dann sei doch die Not selbst wiederum ein Ergebnis des ungelungen Regiments der letzten vierzehn Jahre. „Und dieses Regiment“, so fuhr der Kanzler dann fort, „steht heute vor dem Richterspruch der deutschen Nation. Das ist der Sinn der Volksentscheidung am 5. März. Deutschland hat vierzehn Jahre erlebt, deren sich unsere Kinder einst schämen werden, wenn sie davon in den Geschichtsbüchern lesen. Noch in den fernsten Jahrhunderten wird man in den Namen **Barock, Aufklärung, Starker, Starker** Symbole eines Völkerverfalls

erblicken, während die Staatsmänner aus diesen vierzehn Jahren dann längst vergessen sein werden. Die Männer dieses Systems sollten eigentlich so viel Schamgefühl haben, daß sie freiwillig still von der politischen Bühne abtreten. Sie wollen es nicht, also wird das Volk am 5. März sie dazu zwingen.“

Mein Appell an das deutsche Volk mit der Wahl zum 5. März geschah nicht deshalb, weil ich sonst etwa nicht genug Vertrauen in unsere Arbeit haben würde. Es gibt in Deutschland die Möglichkeit, Mehrheiten zum Regieren jeder Art zu bilden. Ich sehe aber keine Möglichkeit, eine Mehrheit zu positiver Arbeit zusammenzufügen, außer der, die heute sich bereits in Deutschland ankündigt. Ich trete nicht vor die Nation hin, etwa willens, nach dem 5. März so oder so das Schicksal des Volkes wieder denen zu übergeben, die vierzehn Jahre darauf hin geschickt haben. Im Gegenteil, Deutschland wird in die Hände dieser Verderber nimmermehr zurückfallen. (Stürmischer Beifall.)

Der Reichskanzler wiederholte dann unter großem Beifall seine Mündener Ausführungen gegen eine Zerreißung der deutschen Einheit und fügte hinzu:

Ich fühle mich heute vor der deutschen Geschichte und vor unseren Brüdern im übrigen Deutschland als der Repräsentant dieses süddeutschen Stammes, und ich werde daher, so wahr mir Gott helfe, die Einheit des Reiches verteidigen gegen jeden Angriff, er mag kommen, woher er will. (Stürmischer Beifall.)

Und ihr, meine Franken, seid verpflichtet, in dem Kampf hinter den Kanzler zu treten (laute Beifallstundgebungen) und nicht zu dulden, daß unverantwortliche Reden im übrigen Deutschland den Eindruck erwecken, als würden wir vielleicht weniger an Deutschland hängen als irgendein anderer deutscher Stamm. Sie sollen wissen, daß, wenn heute jemand versucht, ernstlich die Hand gegen das Reich zu erheben, daß dann nicht etwa Preußen die Einheit wieder herzustellen müssen. Nein, wir selbst sind die Garanten der Unzerstörbarkeit und Unzerreißbarkeit des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes. (Stürmischer Beifall.) Wenn jemand heute versucht, für seine Parteizwecke die Religion in den Dienst dieses Kampfes zu stellen, dann kann ich nur sagen:

Wir schügen die beiden christlichen Bekenntnisse, indem wir den Todfeind jeden Christentums, den Marxismus, vernichten werden. Wir wollen unter keinen Umständen Deutschland in einen neuen Kampf der Konfessionen verfallen lassen. Wir können nicht dulden, daß eine Partei sich hinstellt und sagt: „Wir sind die Repräsentation von Bayern“ oder: „Wir sind die Repräsentation einer Kirche.“ Wir können das mit demselben Recht von uns sagen. Wir wissen es zu würdigen, welche tiefen Quellen deutschen Kulturlebens in den einzelnen deutschen Stämmen liegen. Wir wollen dieses kostbare Gut pflegen, aber über allem steht uns die aus allen deutschen Stämmen gewachsene Einheit des Reiches und Einheit der deutschen Volksgemeinschaft. (Stürmischer Beifall.)

So wollen wir mit Mut und Entschlossenheit Arbeit und Brot schaffen. Wir führen den Kampf gegen den Marxismus, und wir werden Deutschland säubern von den Erscheinungen der Fäulnis und des Verfalls. Nun muß das Volk entscheiden über das, was war, und das, was werden soll. Das deutsche Volk wird und muß einstimmen in den großen Choral, der heute durch Deutschland geht und den der große Sohn der Stadt Nürnberg hier antimmte: „Es naht ein Tag.“

Der Kanzlerrede folgte langanhaltender stürmischer Beifall. Mit dem Gelang des Deutschlandliedes, des Hocht-Weiß-Weißes und einem dreifachen Heil auf Hitler fand die Kundgebung ihren Abschluß.

Programmrede Görings

Vier Grundzüge: Sauberkeit — Sparsamkeit — Pflichttreue und Selbstzucht.

Dortmund, 27. Februar.

Reichsminister Göring hielt in der Westfalenhalle in Dortmund, wiederholt von stürmischen Beifallstundgebungen unterbrochen, seine erste Rede im jetzigen Wahlkampf. Die Ausführungen des Ministers wurden auf alle deutschen Sender übertragen. Wenn man 1918 gefragt habe, der Kapitalismus sei überwunden, erklärte der Minister, dann habe tatsächlich der Kapitalismus noch nie stärker geherrscht als in den letzten vierzehn Jahren. Man habe von der Sozialisierung gesprochen und die öffentliche Hand in Schulden gestürzt. Der deutsche Arbeiter sei zum Bettler degradiert worden. Unter stürmischem Beifall fuhr der Minister dann fort:

„Der deutsche Arbeiter will sein Brot verdienen und nicht stempeln gehen und Almosen empfangen.“

Man bejagt heute die Freiheit zu sagen, die sozialen Belange würden angefaßt. Es wird aber nur eine Bonzenwirtschaft umgewandelt.

Die Verwaltungs- und Personalausgaben der Krankenkassen betragen heute 155 Millionen RM, die Verwaltungskosten des gesamten preußischen Staates 76 Millionen RM. Paläste auf Paläste hat man gebaut, während die Armen mit immer neuen Lagen bedeckt wurden. Damit der deutsche Arbeiter nicht mehr ausgebeutet wird, deshalb haben wir einen Kommissar mit außerordentlichen Vollmachten eingesetzt.

So liegt ein Trümmersfeld vor uns; weil hinten zuft zum ersten Male das Wetterleuchten einer neuen Zeit.

Es handelt sich jetzt nicht um den Wechsel eines Kabinetts, es ist der Anbruch einer neuen Zeit. Und wenn wir unter der Arbeitslast zusammenbrechen drohen, wird uns immer das Ziel neue Kraft geben: Deutschland muß gerettet werden, so oder so! (Stürmischer Beifall.)

Eine der vornehmsten Aufgaben ist die

Säuberung des preußischen Beamtentums

Ich bin entschlossen, innerhalb von wenigen Monaten die Grundlagen zu dem alten preußischen Beamtentum neu zu legen. Sauberkeit, Sparsamkeit, Pflichttreue und Selbstzucht machen den Beamten aus, und das muß wieder in die Beamtenhaft hineingebracht werden. Wer nicht will, muß über Bord. (Stürmische Zustimmung.)

Nach wichtiger ist, daß die Fäden neu geknüpft werden zwischen dem Staat und dem Volke selbst. Staat und

Volk wirkamen altruistischen Gedanken und ihre Verwirklichung vermögen keine Kultur gegen die egoistischen Tendenzen der „Kulturtechnik“, d. h. der Zivilisation, mit Erfolg zu verteidigen, bzw. sie neu zu schaffen.

Das ist uns ein Trost, ladet aber auch eine schwere Verantwortung auf uns. Wir, die wir bewußt Christen sein wollen, müssen stets dessen eingedenk sein, daß die Kultur eines Volkes ganz davon abhängt, inwieweit wir selbst, von altruistischen Gedanken getragen, diese in unserm Volke zur Wirklichkeit bringen, wie weit wir das Salz der Erde sind.

Die ländlichen Frauenberufe.

Zu Ostern tritt an die Eltern die Frage der Berufswahl ihrer Töchter heran. Diese ist schwieriger denn je, da die wirtschaftliche Lage unseres Volkes ernster als je ist, und viele Zweige unseres Wirtschaftslebens einfach lahmgelegt sind. Eine gute Erziehung und eine ordentliche Berufsausbildung sind die einzigen sichere Mittel, die den Kindern mit auf den Weg gegeben werden kann. Zu den Berufen, die auf einem gefunden, natürlichen Boden aufgebaut sind, und dem weiblichen Wesen voll und ganz entsprechen, gehören die Berufe der ländlichen Frauenbildung. Diese Berufe sind gesund und im Hinblick auf das ländliche Siedlungsleben, in dem die Zukunft unseres Volkes liegen wird, nicht ausbleibend. Zu den ländlichen Berufen gehören vor allen Dingen die Ausbildung zur Lehrerin der landwirtschaftlichen Haushaltungsschule, zur Haushaltungsführerin und zur ländlichen Wirtschaftlerin. Alle diese Berufe müssen vor der weiteren Ausbildung eine zweijährige Lehrzeit in einer bzw. zwei von der Landwirtschaftskammer anerkannten Lehrwirtschaften durchlaufen, die mit einer Prüfung vor der Landwirtschaftskammer abschließt. Während der Lehrzeit wird ein Lehrvertrag abgeschlossen vor der Landwirtschaftskammer. Soll nach der Lehrzeit eine weitere Berufsausbildung nicht erfolgen, so können die jungen Mädchen das, was sie gelernt haben, auch im eigenen Haushalt brauchen.

Anerkannte Lehrwirtschaft der Landwirtschaftskammer Wiesbaden in Nassau (Lahn).

Volk müssen wieder eins werden. Wenn sich die Gegner über meine Erlasse empören und sie blindwütige Schieß-erlasse nennen, so bekenne ich mich zu dem, was ich anordne. Die Verantwortung trage ich allein. Die Schuld, die meine Beamten verüben, ist meine Schuld, wenn sie scheitern, dann ist das meine Kugel gewesen.

Das dritte Gebot ist, der deutschen Sittlichkeit wieder Geltung zu verschaffen, aufzutreten gegen Schmutz und Schund und gegen den Unrat dieses Systems. Ich werde rücksichtslos mit eisernem Biele die Großstädte wieder frei legen von diesem Gefindel. Ist es nicht die heutige Regierung, die dafür sorgt, daß Deutschlands Kinder nicht als Regentrolche aufwachsen? Wenn man heute den Kulturkampf predigt, dann wird man bei uns eine Härte finden, von der man sich noch keine Vorstellung macht. Wir lassen nicht zum zweiten Male Deutschland in einen Religionskrieg hineinsteigen.

Die größte und schwerste Aufgabe ist der

Kampf gegen den Nordkommunismus,

gegen jene verderbliche Idee der Zerlegung und des Chaos. Mit der Kraft des neuen Deutschlands werde ich der Kommunismus Herr werden, so wahr ich hier stehe! (Stürmischer Beifall.) Man schwächt von zweierlei Recht. Landvolk, ich kenne zweierlei Menschen, solche, die zu ihrem Volk stehen, und solche, die es vernichten wollen. Da allerdings gibt es keine Objektivität, da ist das Wort Gerechtigkeit verloren. Wir werden um die Seele des deutschen Arbeiters kämpfen, bis er wieder in das Volk hineingewachsen ist, aus dem er herausgerissen wurde. Am 5. März steht nicht meine Schuld, sondern das Verbrechen der anderen zur Debatte.

Ich rufe euch zu, ich bitte euch, gebt uns die Macht, weil über allem das Schicksal unseres Volkes steht, und dieses Schicksal verlangt gebieterisch, daß jetzt endlich mit eiserner Faust dem Tumor in den Abgrund Einheit geboten wird. Die Toten des Weltkrieges haben ihr Leben nicht gegeben dafür, daß heute ein seliges Geschlecht im Zuchthaus von Verfallenen spazieren läuft, sondern sie gaben uns ein heiliges Vermächtnis. Gebt ihr Hitler das Vertrauen, dann löst ihr dieses Vermächtnis ein, dann sterben sie, auf daß Deutschland lebe.“

Hugenberges Politik

Sozial sein, heißt Arbeit beschaffen. — Zielbewußte Agrarpolitik die beste Waffe gegen die Arbeitslosigkeit.

Kassel, 27. Februar.

Reichsminister Dr. Hugenberg, der durch Unpäßlichkeit verhindert war, an der Kundgebung der Kampffront Schwarz-Weiß-Kart in Kassel teilzunehmen, sprach nunmehr von seinem Arbeitszimmer in Berlin aus über die Bedeutung der Wahlentscheidung am 5. und am 12. März.

„Die nächsten beiden Sonntage“, so führte der Minister Dr. Hugenberg aus, sind politische Entscheidungen erster Ordnung. Unser aller Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß die Reinigungsarbeit dieser beiden Wahlen eine so gründliche ist, daß das deutsche Volk nachher auf Jahre hinaus Ruhe vor weiteren Wahlkämpfen hat.

Das Reinigungswerk im Reich, im Staat und in den Kommunalverbänden erfordert eine gewaltige Kraftanwendung, doch wird die nationale Regierung den Reinigungs-befehl auch weiterhin kräftig zu brauchen wissen. Der 30. Januar bedeutete viel mehr als der herkömmliche Kabinettswechsel. Er bedeutet in seiner geschichtlichen Auswirkung eine Staatsumwälzung, die in Form einer organischen Entwicklung auf völlig gleichmäßigem Boden vor sich ging. Das amtliche Deutschland, die gleichmäßige Staatsgewalt und das Deutschland des nationalen Willens und des nationalen Volksgewissens sind zum ersten Male seit der Revolution wieder eins und daselbe geworden! Die Augenlider der Revolution haben die Machtposition verloren.

Der zum Landesverrat dienstwillige Bazillismus, die Goldklosterbewegung und die sonstigen, das Rückenmark der Nation zerfetzenden Entartungserscheinungen haben nicht mehr auf Förderung durch den Staatsapparat zu rechnen, sondern im Gegenteil darauf, daß die Staatsgewalt die Pflicht erfüllt, ihnen aufs schärfste entgegenzutreten.

Die Presse der Linken möchte mir jetzt den Vorwurf wirtschaftspolitischer Einseitigkeit machen, weil die ersten von mir veranlaßten Maßnahmen auf dem Gebiete der Agrarpolitik liegen. Darüber sollte eigentlich niemand erstaunt sein.

Aus allem, was ich über deutsche Wirtschaftspolitik gesagt habe, geht eindeutig hervor, daß ich mir keinen anderen Weg zur Beseitigung der deutschen Wirtschaftskrise denken kann, als den mit der Wiederherstellung der deutschen Landwirtschaft verbundenen. Denn es ist nicht möglich, der deutschen Industrie eine Millionenarmee von neuen Käufern für ihre Produkte zu geben und damit die Möglichkeit, die erwerbslosen Arbeiter und Angestellten wieder einzustellen, wenn der erste Schub dieser Käuferarmee nicht durch die deutschen Bauern und Landarbeiter gestellt wird. Deshalb gehört eine zielbewußte Agrarpolitik, die den Absatz der deutschen Erzeugnisse sichert, zu den besten Kampfmitteln gegen die großstädtische Arbeitslosigkeit.

Daneben ist es unerlässlich, den gewerblichen Mittelstand im weitesten Sinne dieses Begriffes so zu stützen und zu fördern, daß er seiner lebenswichtigen Funktion im deutschen Volks- und Wirtschaftsleben gerecht werden kann. Ich bin überzeugter Gegner der marxistischen Ideen von der Sozialisierung der deutschen Wirtschaft. Aber gerade weil ich das bin, muß ich auch zwangsläufig überzeugter Mittelstandspolitiker sein.

Der Wert und die Widerstandsfähigkeit einer starken Privatwirtschaft wird nicht durch die Größe der Konzerne und erst recht nicht durch eine ungeheure Zusammenballung spekulativer Kapitalströme begründet, sondern durch die Zahl und den Wohlstand von Millionen von Bauern, Handwerkern, Kaufleuten und selbständigen Menschen der freien Berufe.

Im weiteren Sinne dieses Wortes ist auch das Berufsbeamtenum zum deutschen Mittelstand zu rechnen. Dem Beamten der alten Art, der Pflichttreue, der Sachlichkeit, der unbedingten Zuverlässigkeit, der fachmännischen Vorbildung und moralischen Sauberkeit werden auch im neuen Staatsaufbau die anderen Wirtschaftsfreie bestimmt nicht missen wollen.

Was die soziale Gesetzgebung betrifft, bin ich der Meinung, daß nicht diejenigen sozial handeln, die durch unvernünftige Wirtschaftspolitik den Arbeitnehmer zum Erwerbs-

chte. Die Gegen-
man mit seinem
ist noch nicht zu
wichtigen Verfas-
r Volk nicht an
so brauchen wir
bedingung dafür
iden ist und eine
ue Verschuldung

bedingt zu dem
m. Wenn dies
ein rechter Sied-
Die Ursache für
nach der Inflation
seine Ernte für
1924 aber dann
allen Dingen sei
den starken Im-
einnehme. Der
seine Betriebe
dem Preis zu
wirtschaft zu ent-
sorgen können.
e Landwirtschaft
arf gestützt, daß
schaft nicht aus-
ine Bodenfrage.
ten, sogar schon
npreis zu stark
obriefe getroffen
en. Es komme
e Preise für die
würden. Es sei
re, als daß wir

gen den falschen
eigentums
Rechtes, das den
Sachrecht
iens, Rußlands
besitzer dadurch
echten Zeit frei-
Die Not der
losigkeit in den
der Kaufkraft

3. bezüglich der
er Arbeiter
Ausbeutung
we Verteuerung
wert wird. Er
im Auge haben.
iger Boden zu
Ausfagen der
bei der Dis-
der Boden der
durch die Frage
Produkte, die
eine Neben-
schke hat, man
aufmerksames
Bodenreform
frage im neuen
würde, wäre auf
arum nicht nur
dat zur Boden-
als rechts die
efer Sache er-
B. m.

in einem sehr

ervuchert und
acht gedrängt.
Zeichen einer
ner Rechtsord-
ennenswerten
von finden wir
wir im Gesetz
; sie sind aber
den Macht ge-
tur dieser Völ-
ihnen wissen,
in ihrer weite-
nen nicht bloß
Zustand hin-
wickelt und der
daß sie vor ih-
Zeit eine Kul-
dovon keine
Völker ergäbe
iode der Kul-
von dieser in-
ker, die heute
etwa in der
e wären viel-
eitesten fortge-
a im weitesten
die Zivilisation
it auch sie zer-
Menschen geht
hrer Richtung

n Gipfel steht
ankre Stimme
n die Name.

Wir haben es herrlich weit gebracht in der Technik und damit in der Zivilisation, wir erkennen ja sogar den Ver-
brecher, der sich gegen das geordnete Zusammenleben, also
eben die Zivilisation, vergeht, an den Fingerspitzen. Aber
wo bleibt die Kultur, die Ebenbildlichkeit Gottes im Volk?
Eine einzige Zeitungsnummer tut es uns kund: Raub,
Mord, Ehebruch, Betrug füllen die Spalten. Lawinengleich
scheint es dem Abgrund entgegenzugehen.

Und doch! Sollte Gott also seine Menschheit gänzlich
zugrunde gehen, allmählich immer mehr tierähnlich wer-
den lassen (vergl. 1. Kön. 19, 18)? Nicht also. Als die Zeit
erfüllt war, sandte Gott die Möglichkeit einer Rettung.
Er sandte der Menschheit seinen Sohn. Seither spaltet sie
sich in zwei Gruppen. Die einen saufen als Massenlawine
unaufhaltsam hinab in den Abgrund des Egoismus, der
Barbarei entgegen, die anderen, von Gott der Lavine ent-
rissen, steigen auf dornenvollem Pfade langsam empor der
wahren Kultur zu. Auch sie sind des Befehls, sich die Erde
untertan zu machen, eingedenk, arbeiten an der Zivilisa-
tion, an der Technik, aber ihr Egoismus ist gebändigt
durch altruistische Motive. Ständig sind sie der Gefahr
ausgesetzt, von der Lavine erfasst zu werden; ständig wer-
den aber auch immer wieder einzelne aus der Lavine
herausgerissen, sie stehen stummend an ihrem Rand und
suchen nach dem rechten Wege.

Und es ist merkwürdig: diese kleine Schar übt einen
überallgehenden Einfluß auf die Lavine aus. Abgesehen
davon, daß ihr immer wieder einzelne entrissen werden, bil-
det in die Reihe der Kulturträger eingereiht werden, bil-
det sie für die Lavine eine nie verlassende Quelle altruis-
tischer Gedanken, deren Verwirklichung die Lavine mehr
oder weniger widerwillig dulden muß (Fürsorge für Arme
und Kranke usw.)

Diesem Einfluß der christlichen Kultur allein ist es zu
verdanken, daß unsere hochgepriesene Zivilisation nicht
schon in Barbarei versunken ist. Nur die in einem

lojen machen und ihn dann notwendig durch Almosen unterstützen, sondern daß wahrhaft sozial der handelt, der Arbeit schafft.

Im übrigen bekenne ich mich zu der sozialen Gesetzgebung Wilhelms I. und Bismarcks, die wir nicht zerlegen, sondern von den Schäden des marxistischen Bonzenentums befreien wollen. Mir ist der Arbeiter wichtiger als der Gewerkschaftssekretär und der „Kranke wichtiger als der Krankenkassendirektor“.

Alle diese großen Aufgaben lassen sich aber nur lösen, wenn eine starke, in sich geschlossene nationale Regierung, unbelaftet von parteipolitischen Ränken und Auseinandersetzungen, auf lange Frist ihren Weg planmäßiger Arbeit gehen kann.

Selbtes Ziele

Wehrhaftigkeit. — Eingliederung des Arbeiters. — Fürsorge für die Kriegsober. — Ausbau des Arbeitsdienstes.

Der Erste Bundesführer des Stahlhelm, Reichsarbeitsminister Selbte, hielt auf einer Kundgebung der Stahlhelm-Jugend eine auch durch Rundfunk verbreitete Rede, in der er u. a. ausführte:

Am 3. September wird der Stahlhelm in Hannover, im Lande und in der Stadt Scharnhorfs aufmarschieren. Die Zeit ist scharnhorstreich geworden. Der Stahlhelm wird im deutschen Volk erneut die alte Stahlhelmsforderung wehrpolitischer Gleichberechtigung wachrufen. Die soziale Besserung hat die nationale Befreiung und damit die Wehrhaftigkeit zur Voraussetzung. Deutschland steht heute bei seinen Arbeitern und bei seinen Soldaten.

Die Eingliederung des Arbeiters in Staat und Gesellschaft ist die wichtigste soziale Aufgabe an. Aus dem Gedanken der Frontkameradschaft heraus fühlen wir uns mit der deutschen Arbeiterklasse eng verbunden, und gern habe ich als Erster Bundesführer des Stahlhelm das Amt des Treuhänders der deutschen Arbeitnehmer im Reichstabinett übernommen. Wir bejahen den Gedanken des berufständischen Aufbaues unter Ausschaltung der Parteien und Klassen.

Eine meiner ersten Amtshandlungen war, denen eine Erleichterung ihrer schweren Lage zu verschaffen, die vor allen anderen darauf Anspruch haben: dem alten Soldaten und ihren Hinterbliebenen. Ihnen eine lange vorenthaltene Dankeschuld abzutragen, muß mit uns alten Frontsoldaten jeder nationale Deutsche als Ehrenpflicht betrachtet werden.

Wir werden auf diesem Wege fortzuschreiten und auch in Zukunft tun, was die Finanzlage nur irgend zuläßt. Es ist weiter das Bestreben unseres Kabinetts, gewisse, im Vorjahre unermesslich gewordene und zwangsläufig eingetretene Härten möglichst zu mildern.

Ich habe seit jeher auch für die Arbeitnehmer die Forderung nach Besitz und Eigentum erhoben und bin der Auffassung, daß schon die erste geparte Welt Besitz ist.

Dem Freiwilligen Arbeitsdienst gilt meine besondere Sorge. Die Verbindung von Arbeit und Dienst haben wir aus unserem Frontsoldatentum heraus schon seit 13 Jahren nicht nur als Idee, sondern auch durch die Tat vorgelebt. Ebenso wie der Stahlhelm der erste und stärkste Träger des freiwilligen Wehrgedankens war und ist, so war und ist er auch der erste und erfolgreichste Träger des Gedankens des freiwilligen Arbeitsdienstes.

Unter den Trägern des freiwilligen Arbeitsdienstes steht der Bund mit seinen mehr als 400 000 seinen Sägen an der Spitze. Der Arbeitsdienst ist von unerföhllicher Bedeutung und wirkt der sozialen Not gerade dort entgegen, wo sie sich für die Zukunft unseres Volkes am gefährlichsten auswirkt, bei der Jugend. Als Erziehungsfaktor ist der freiwillige Arbeitsdienst unentbehrlich geworden.

Der Arbeitsdienst ist darüber hinaus auch von erheblichem volkswirtschaftlichen Wert, weil er bei richtiger An-

setzung das Volksermögen vergrößert, ohne der privaten Wirtschaft Abbruch zu tun.

Die großen Vorarbeiten, die der Stahlhelm auf dem Gebiete des Arbeitsdienstes seit Jahren geleistet hat, werden Grundlagen für den weiteren Ausbau sein. Wir wollen dabei kein Monopol für den Stahlhelm sondern die Zusammenfassung und den Einfluß aller nationalen aufbauwilligen Kräfte. Wie auf allen anderen Gebieten so lehnen wir auch hier aus der Idee der Volksgemeinschaft das Monopol einer Partei oder einer Gruppe ab.

Die neue deutsche Sozialpolitik muß den Arbeiter aus der Unsicherheit seiner Existenz herausführen und ihm einen völlig gleichberechtigten Standort im Staate zuweisen.

Kampffront empfängt die Presse

Berlin, 27. Februar

Die Kampffront Schwarz-Weiß-Rot veranstaltete im Preußischen Landtag einen Empfang der in- und ausländischen Presse, zu dem als führende Vertreter der Kampffront Vizelkanzler von Papen und die Reichsminister Dr. Hugenberg und Selbte geladen hatten. Der stellvertretende Vorsitzende der DVP, Dr. von Winterfeld, führte aus, das Programm laute: Aufbau auf dem geschichtlich Gewordenen, Kampf für Freiheit von Versailles, für Gleichberechtigung und Wehrhaftigkeit, gegen die Weimarer Verfassung mit ihrem Ueberparlamentarismus.

Vizelkanzler von Papen bezeichnete als besonders erfreulich, daß die nationale Konzentration sich aus so vielen Komponenten des deutschen Lebens zusammenfüge wie das deutsche Volk. Er sei deshalb überzeugt, daß diese Konzentration sich noch stark verbreitern und ausweiten werde.

Reichsarbeitsminister Selbte sprach den Wunsch aus, daß die deutsche Presse eine homogene Haltung nach außen hin einnehmen möge.

Neue Ueberfälle

5 Tote.

Berlin, 27. Februar.

In der Euvorstraße im Südosten der Reichshauptstadt feuerten unerkannt entkommene Täter mehrere Schüsse auf Nationalsozialisten ab. Zwei Nationalsozialisten und zwei Passanten wurden verletzt. Einer der Passanten, der 21-jährige Hilfsarbeiter Schulz, ist noch auf der Rettungsflecke gestorben.

In Köln ist der bei dem kommunistischen Feuerüberfall verletzte SA-Mann Johan Winterberg im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen.

In Hartsleefeld bei Jülich wurde der Reichsbannermann Gehe von dem Schlosser Gerhard Wolzen erschossen. Nach einer Mitteilung von amtlicher Seite hat Wolzen, der der SA angehört, in Notwehr gehandelt.

In Wuppertal wurden Nationalsozialisten, die von einem Umzuge zurückkehrten, aus den Häusern von Kommunisten beschossen. Polizei erwiderte das Feuer. Zwei Personen wurden getötet, eine schwer und vier leicht verletzt.

Jehol wird befehzt

Widerstand Chinas. — Völkerverbund erörtert das Verbot der Waffenausfuhr. — Abreise der Japaner von Genf.

Genf, 27. Februar.

Die japanische Delegation in Genf hat entsprechend der von dem Botschafter Matsukata in der Vollversammlung abgegebenen Erklärung an den weiteren Arbeiten des Bundes nicht mehr teilgenommen und anschließend die Koffer gepackt. Ob die Japaner noch an der Abrüstungskonferenz teilnehmen werden, steht noch nicht fest.

Das von der Völkerverbundversammlung eingeleitete Konfultationskomitee, das die Aufgabe hat, den Konflikt

zwischen China und Japan weiter zu behandeln, hat sich konstituiert und die Vereinigten Staaten und Rußland eingeladen, an den Arbeiten teilzunehmen. Auf Antrag des englischen Delegierten hat sich das Komitee sodann mit der Frage der Waffenentladungen in den Fernen Osten beschäftigt und an die interessierten Staaten die Aufforderung gerichtet, die Frage zu studieren. In der nächsten Sitzung wird die Bildung eines kleinen Ausschusses in Aussicht genommen, an dem die am Waffenhandel interessierten Staaten teilnehmen werden, und das sich mit diesem Problem beschäftigen wird.

Japans Vormarsch

Das japanische Kriegsministerium teilt mit, daß die Operationen in Jehol nunmehr eingeleitet werden.

Zuvor hatte der japanische Generalkonsul in Nanking in einer Note an das chinesische Außenministerium die Räumung der nordchinesischen Provinz Jehol innerhalb von 24 Stunden gefordert mit der Begründung, die japanischen Truppen seien angesichts der letzten Unruhen „verpflichtet, die Provinz von Banditen zu räumen“. Das chinesische Außenministerium hat dieses Ultimatum bereits eine Stunde später abgelehnt. Die chinesischen Truppen haben den Befehl erhalten, militärischen Widerstand zu leisten.

Nach den letzten Meldungen sollen 60 000 Japaner und 30 000 Mann Mandchukuostruppen in Jehol eingeleitet werden. In Fortführung des japanischen Vormarsches ist jetzt auch Tschangung befehzt worden.

Besuch Matsukas in Berlin

Der japanische Vertreter Matsukata beabsichtigt, sich nach seinem Besuch in Paris und dem Haag auch nach Berlin zu begeben. Die Berliner Reise wird mit der sich im Falle eines Austritts Japans ergebenden Frage der japanischen Mandatsgebiete im Pazifischen Ozean, den früheren deutschen Kolonialinseln in Zusammenhang gebracht.

Schutz der Japaner in China

Die Reuter aus Tokio meldet, erklärte der Marine-Minister, es würden Maßnahmen zum Schutze der in China ansässigen japanischen Staatsangehörigen getroffen. Denn es sei zu befürchten, daß die militärischen Operationen in Jehol Gewalttätigkeiten der chinesischen Bevölkerung gegen japanische Staatsangehörige hervorriefen.

Bekanntmachung.

Das Ortsstatut über die Verpflichtung der polizeimäßigen Reinigung öffentlicher Straßen, Wege und Plätze in der Gemeinde Gadderbaum vom 2. Dezember 1932 ist zu beachten.

Die polizeimäßige Reinigungspflicht ist den Eigentümern der an die Straßen angrenzenden Grundstücke übertragen, gleichgültig, ob die Grundstücke bebaut oder bebaubar sind oder nicht.

Den Eigentümern werden die Wohnungsberechtigten gleichgestellt.

Dazu wird bekanntgegeben:

Die Reinigung kann nicht von der Anstaltsverwaltung als Grundeigentümerin ausgeführt werden, sie hat vielmehr durch die Wohnungsberechtigten — Hausverwaltungen und Private — zu geschehen. Die Reinigung der Straßen in der Anstalt geschieht nach wie vor auch durch die Tiefbaukolonne in der bekannten Weise. In Zweifelsfällen erteilt das Bauamt Auskunft und trifft Entscheidung.

Der Vorstand der Anstalt Bethel.

Schriftleitung: B. Kraus; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. G. Suttel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schlegelstr. 28. Für Geldsendungen Postcheckkonto: Hannover 67877, „Aufwärts“, Christliches Lagersblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Bekanntmachung

Am 27. und 28. März 1933 veranstaltet der Hausfrauen Verein in der Mädchenberufsschule

Prüfungen für Hausgehilfinnen

Zulassungsbedingungen: 2 Jahre häusliche Lehre oder 1 Jahr Haushaltungsschule (mit Internat) und ein Lehrjahr im Haushalt oder mindestens 3 Jahre im gleichen Haushalt. Meldungen mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften sind bis zum 10. März an die Geschäftsstelle des Hausfrauen Vereins, Haus der Technik, Sahnplatz, einzureichen.

Hausfrauen Verein Bielefeld e. V.

Bielefeld, den 25. Februar 1933.

Post-Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit 1 Exemplar des „Aufwärts“.

Für Monat 1933. Der Bezugspreis wolle von mir erhoben werden. Ich wünsche die Zeitung zugestellt zu erhalten. Ich werde die Zeitung abholen.

Name

Stand

Wohnort

Straße und Hausnummer

An das Postamt

Diesen Zettel in den Briefkasten werfen, dem Briefträger übergeben, oder an die Geschäftsstelle Bethel bei Bielefeld einsenden. Der Bezugspreis beträgt monatlich RM 1.25 und 36 Pfg. Bestellgeld.

a) Nichtzutreffendes streichen.

Wiesbaden Evangelisches Hospiz, Oranienstraße 53
Zimmer mit und ohne Verpflegung. Mäßige Preise.

Zu den bereits herausgegebenen vier Traktaten

Nr. 1: „Todesriegel od. Lebensschlüssel?“

(Trost am Grabe).

Nr. 2: „Deine Gerichte sind recht“

(Sterben und Ewigkeit).

Nr. 3: „Nun leuchte ich heller“

(Trost in Krankheit und Not).

Nr. 4: „Omnia Transi“

(Entscheidung, Gericht).

haben wir nun noch vier weitere neu herausgebracht. Durch mancherlei Zuschriften wurden wir dazu ermuntert. So schrieb uns jemand in diesen Tagen:

„Bitte schicken Sie mir von Ihren Traktaten, die sich zum Verteilen an Arbeitslose, die täglich an unsere Tür klopfen, eignen. Man möchte doch diesen armen Leuten gern ein gutes Wort mitgeben.“

Ein anderer schreibt:

„Haben Sie nicht in Ihrem Verlag irgend ein kleines Blättchen, das sich eignet, den Durchreisenden, die täglich an die Tür kommen, in die Hand zu geben. Bitte schicken Sie mir 100 Stück.“

Die Titel der vier neuen Traktate lauten:

Nr. 5: „Das Wort von Kreuz ist Gotteskraft“

(Traktat für die Passions- und Osterzeit geeignet)

Nr. 6: „Nur die Gelegenheit!“

(Die große Gelegenheit)

Nr. 7: „Wenn du noch eine Mutter hast..“

(Aufgaben aneinander und füreinander)

Nr. 8: „Du und dein Nachbar.“

(Die Traktate kosten das Stück 1/4 Pfg. Bei Abnahme von 500 Stück ist die Zusendung portofrei. Probeblätter senden wir zur Ansicht gern.)

Bestellungen wolle man richten an die

Schriftstellerverlage d. Anstalt Bethel

Postfachkonto Hannover 49657

Pfarrhaus (2 Pers.) in Kleinstadt, Nähe Lutherstadt Wittenberg, sucht 1. 4. weg. Heirat des jetzigen, arbeitswilligen

Mädchen

oder einf. Stille mit Koch- und etwas Nähen. Zeugnisabschr. und Gehaltsanspr. unter A 3129 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Für größeren Haushalt

junges Mädchen

welches gut nähen und etwas Schneidern kann gesucht.

Angebote unter A 3135 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Für mein Baumschulverfandgeschäft suche ich umsichtig, gläubig

junges Mädchen

nicht unter 22 J. alt, gut verträumt in allen Büroarbeiten u. floter Korresp. Kaufm. Begabung erwünscht. Bewerb. mit Zeugnisabschriften, Lichtbild unt. A 3134 an die Geschäftsstelle dies. Blattes.

Evangel. Kinder

verwaist od. aus anderem Grunde, finden liebevolle ernste Betreuung bei einem Retor. R. Anfragen unter W. K. 933 durch die Geschäftsstelle des „Aufwärts“.

M. v. Brandt

Bielefeld, Schillerplatz 12

An- und Verkauf von Grundstücken; vorschussfreie Vermittlung von Hypotheken Uebernahme von Hausverwaltungen und Versicherungen.

Beihilfe in Rechts-, Miet- und Versicherungssachen-Sachen.

Bethel.

— Bethel-Orchester. Die Übungsstunden des Bethel-Orchesters beginnen am Montag, den 27. Februar, im Affapheum.

— Christlicher Verein junger Männer. Heute, Montag 8¼ bzw. 8¾ Uhr die Chöre in der Aufbauschule.

Dienstag, 8¼ Uhr Bibelstunde in Gosen. Philippi 1, 27 bis 2, 18, P. Jungblut.

— Frauenhilfe Mittwoch, den 1. März, 3¼ Uhr im Affapheum.

Anzeigen aus Bethel.

— 1 Paar hohe Mädchenschürztiefel Nr. 40, Maßarbeit, wenig gebraucht, billig abzugeben. Seilstatt.

Nr. 51.

„Volk na Schicksalserwartungen, vorwärts gefeiert für sein Schicksal, wenn...“

Eine deu

In einem Mussolini-Blas... jösischen Geh... garischen Geh... Sprache und... neuen franzo... einen Mann... tigten Wschm...

„Rein! mo... baren Mystifi... den Akten leg... pösischen Frei... Sühnung des... Kammer.“

Die Behau... gorischer Best... der neue Drei... tige Tatsache... er ist formge... der lächerlich... zeichnung bek... fische Gewähr... einer Mystifi... vorhanden. Es... zu politischen... Ländern nicht... gab es zu alle... insbesondere... Verträge erfu... ausposaunt r...

Die franzt... sondere Schw... wurden: Sie... das Auswärti... erhörtes Ausr... Dieser hat die... tiert und sich... Zeit gehabt... wenn solche... man sie in di...

Wer kann... denswillens... Giftgasen, die... ruhigung unt... Und all das r... schen Presse... haft hingestel... Berlin, Buda... Versuche ern... und Italiens...

Kann man... wenn man vo... eine Wiedera... Feindseligkeit... abrüsten wil... auf ein einzi... billiges Mißb... über Geheim... Rheins und d...

Die Welt... weiß jeder, w... Waffen; mer... um Europa zu... mehr festgeleg... reich ist es, d... seinen über... seinem Intrig... feinem sehr... ten und ungu... und Bedürfnis... gen und mit f... Presse.“